

Vortrag unseres heimischen Bundestagsabgeordneten Achim Post auf dem Neujahrsempfang der SPD Petershagen am 20.01.2019 in Gorspen/Vahlsen:

Wir brauchen mutige Politik für Fortschritt, Gerechtigkeit und Zusammenhalt.

Viele der großen Aufgaben unserer Zeit verlangen nach sozialdemokratischen Antworten. Eine selbstbewusste und mutige Politik für Fortschritt, Gerechtigkeit und Zusammenhalt ist zeitgemäßer denn je. Die SPD muss nicht alles anders, aber vieles deutlich besser machen, um diese Chancen politisch erfolgreich für sich zu nutzen. Ein einfaches Weiter-so kommt nicht in Frage. 2019 muss ein Jahr der politischen Impulse für Deutschland und Europa sein.

Darum geht es: mit politischer Schärfe in den Themen und mit neuen Ideen diese Koalition herauszufordern und besser zu machen. Mit dem doppelten Ziel: einen Neustart der Regierung zu schaffen und zugleich sozialdemokratische Politik stärker zu profilieren. Sonst ist weder die Regierung auf der Höhe der Zeit, noch ist die SPD auf der Höhe ihrer eigenen Ansprüche.

Wir wollen eine gerechte Besteuerung großer Unternehmen in Europa und weltweit, insbesondere der Internetriesen Google, Facebook, Amazon und Co. Sollte keine rechtsverbindliche Verständigung auf eine substantielle europäische Digitalsteuer im Kreis aller EU-Staaten gelingen, sollte eine Gruppe von EU-Staaten vorangehen.

Wir wollen eine klare Ausrichtung der europäischen Außenpolitik auf Frieden und Abrüstung. Dazu gehört für uns auch eine Politik, die – bei aller notwendigen Kritik und Klarheit gegenüber Russland - wo immer möglich auf Dialog und Entspannung setzt. Statt weiterer Konfrontation brauchen wir Einstiege in vertrauensbildende Maßnahmen, Diplomatie und Dialog, wenn sich hierfür Spielräume bieten. Eine dauerhafte europäische Friedensordnung Europas ist nur mit, nicht gegen Russland möglich.

Zudem sagen wir - auch vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen über den Vertrag zum Verbot atomarer Mittelstreckenraketen - klar und eindeutig: Kein neues Wettrüsten in Europa und der Welt! Keine neuen Atomraketen in Deutschland!

Wichtige Punkte sind für uns:

- Ein Staat, der in die Zukunft investiert: in Bildung und Forschung, in technologische Innovation und eine starke Industrie, in eine flächendeckende moderne Infrastruktur oder in die Digitalisierung.

- Ein Sozialstaat, der verlässlichen Schutz im Wandel bietet und vorausschauende Vorsorge für die Zukunft leistet. Wir wollen die Grundrente zügig einführen, die gesetzliche Rente weiter stärken, ohne die junge Generation zu überfordern, und die Renten für die nächsten Jahrzehnte stabilisieren. Damit stellen wir uns dem Kampf gegen Altersarmut. Wir wollen auch die betriebliche Altersversorgung attraktiver machen und die Doppelverbeitragung schnellstmöglich abschaffen. Für Betriebsrenten soll genau wie bei der gesetzlichen Rente künftig nur noch der halbe Krankenkassenbeitrag gelten und ein Freibetrag statt der bisherigen Freigrenze eingeführt werden, um kleine Betriebsrenten besonders zu entlasten.
- Ein Staat, der den Menschen umfassende öffentliche Sicherheit bietet. Einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten, deshalb ist die öffentliche Sicherheit für die SPD von zentraler Bedeutung. Der notwendige Personalaufwuchs bei Polizei, Zoll und Justiz muss schnell umgesetzt werden. Das Gewaltmonopol des demokratischen Staats muss immer und überall gelten – und es muss unterschiedslos ausgeübt werden: Gegenüber Nazis und rechten Gewalttätern ebenso wie gegenüber islamistischen Terroristen, schwerkriminellen Familienclans oder gewalttätigen Chaoten aus dem Schwarzen Block.
- Ein Staat, der eine gerechte und investitionsorientierte Einnahmepolitik verfolgt. Den CDU-Vorschlag, den Soli komplett und damit auch für die höchsten 10 Prozent der Einkommen abzuschaffen, halten wir grundsätzlich für falsch. Hingegen Spielräume für die Abschaffung des Soli für die übrigen 90 Prozent der Steuerzahler bereits vor 2021 zu nutzen, halten wir grundsätzlich für richtig. Zudem wollen wir eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie eine höhere Reichensteuer.

Bund und Länder müssen sich bei den Grundgesetz-Änderungen schnell im Vermittlungsausschuss auf eine für alle tragfähige Lösung verständigen, damit der Bund die Länder und Kommunen dauerhaft bei drei wichtigen Zukunftsaufgaben und sozialdemokratischen Kernanliegen unterstützen kann: bei der Modernisierung der Bildungsinfrastruktur besonders durch den „Digitalpakt“, beim Sozialen Wohnungsbau und beim öffentlichen Nahverkehr.

Der Abbau der Altschulden muss gelingen: Trotz guter Konjunktur und wachsender Beschäftigung nehmen die kommunalen Altschulden nicht ab sondern zu. Vor allem struktur- und finanzschwache Kommunen unter Sparzwang können sich aus diesem Teufelskreis nicht befreien. Wir erwarten von der Kommission "Gleichwertige Lebensbedingungen" einen Vorschlag zur Lösung der Altschuldenproblematik, der noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden muss.

Die kommunalen Einnahmen sichern: Wir wollen bis Ende 2019 eine faire Reform der Grundsteuer beschließen, um diese Einnahmequelle für die Kommunen zu sichern.

Und wir müssen dabei als Partei noch mehr Mut haben: Den Mut, Themen offensiv zu setzen und durchzuhalten. Den Mut, schwierige Entscheidungen zu fällen und zu diesen auch gemeinsam zu stehen.

Herzliche Grüße – Achim Post, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender
des Bundestages in Berlin und MdB für den Kreis Minden-Lübbecke